

Waldmössinger Coronaschule: Landesschau berichtet

Martin Himmelheber (him)

19. Januar 2022



Schramberg. Nun hat es die Waldmössinger „Coronaschule“ auch ins Fernsehen geschafft. Ende des vergangenen Jahres hatte zuerst die Berliner „Tageszeitung“ den Fall der fünf Grundschul Kinder aufgegriffen, die seit Schuljahresbeginn nicht mehr die Grundschule besuchen. Stattdessen haben die Eltern dieser Zweitklässler in einem ehemaligen Laden eine Art Schule eingerichtet.

Trotz zahlreicher Gespräche und der Androhung von Buß- und Zwangsgeldern boykottieren die Eltern den Schulbesuch wegen der Corona-Auflagen mit regelmäßigen Tests und Maskenpflicht, wie Dorothee Dörner in einem Beitrag für die Landesschau am Dienstagabend berichtet. Über die Weihnachtsferien hat sich also praktisch nichts geändert.

Fernsehteam vor Ort

Die Reporterin zeigt die „Schule“ in einem ehemaligen Geschäft, sie spricht mit Fachbereichsleiter Matthias Rehfuß und der Sprecherin des Regierungspräsidiums Freiburg Heike Spannagel. Auch drei

Frauen aus Waldmössingen kommen zu Wort. Nicht jedoch die Eltern, die gegen die Schulbesuchspflicht verstoßen. Auch die NRWZ versuchte, mit den Eltern ins Gespräch zu kommen. Es gab auch eine lange Unterhaltung mit einem Vater, aber zugleich das Verbot, daraus zu zitieren.



Matthias Rehfuß schildert im SWR-Beitrag das Dilemma der Stadt. Screenshot: him

Die SWR-Reporterin Dörner berichtet, Bußgeldbescheide vom Ordnungsamt seien „bislang ohne Wirkung“ geblieben. Offen bleibt im Beitrag, ob die Eltern gegen diese Bescheide Widerspruch eingelegt haben. Nach Informationen der NRWZ ist dies der Fall. Das heißt, letztlich müsste ein Gericht entscheiden.

Rehfuß: „Uns sind die Hände gebunden“

Fachbereichsleiter Rehfuß schildert in der Reportage das Problem: Die Stadt habe eigentlich keine Möglichkeit einzugreifen. Man müsste bei Gericht einen Durchsuchungsbefehl für die Wohnungen der Eltern beantragen. Dort müsste die Polizei die Kinder „aus den Betten holen, anziehen, zu Schule schleppen. Dann schauen, dass die Kinder in der Schule bleiben. Aber das ist absolut nicht realistisch.“

Heike Spannagel vom Regierungspräsidium (RP) berichtet, ihre Behörde beobachte das Geschehen in Waldmössingen schon länger. Man hoffe immer noch auf Einsicht der Eltern. Das RP droht aber auch mit schärferen Maßnahmen, etwa einem Zwangsgeld. Das Sorge für „Druck auf den Geldbeutel“. Denn dann könne es um mehrere tausend Euro gehen, abhängig vom Einkommen der Eltern.

Stimmung gereizt

Die Schulleiterin und das Schulamt haben sich in der SWR-Reportage nicht äußern wollen. Laut RP gebe es aber Leistungsnachweise der Kinder. Die Schule schicke den Eltern regelmäßig die Aufgaben, die im normalen Klassenunterricht bearbeitet würden, ist zu hören.

Die Stimmung im Dorf sei gereizt, erzählt eine Waldmössingerin. Es sei „ein schwieriges Thema“. Eine andere Frau berichtet von der Spaltung im Dorf. Es finde keine Kommunikation zwischen den beiden Lagern mehr statt, bedauert sie.

Mit der Ankündigung, dass es Ende Januar nochmals Gespräche zwischen Schulamt und den Eltern geben soll, endet der Beitrag.